



RegioCOP

regionale Klimakonferenz

30. November - 12. Dezember 2023

WIR HOLEN DIE
KLIMAKONFERENZ
NACH BAYREUTH &
OBERFRANKEN!

ERGEBNISDOKUMENT

- *Endfassung* -



Wirtschaft

[Autor:innen Lena Roth und Luca Thomas]

Themenfeld Wirtschaft und die Klimakrise

Im Kern bedeutet Wirtschaften den vernünftigen Einsatz von Ressourcen jeglicher Art zur Befriedigung bestimmter Bedürfnisse. Artikel 151 Absatz 1 der Bayerischen Verfassung stellt fest:

„Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten.“ (Art. 151 Abs. 1 Verfassung des Freistaates Bayern)

Wirtschaften ist damit von existenzieller Bedeutung für alle Menschen und soll in erster Linie der Förderung des Gemeinwohls dienen. In unseren heutigen Gesellschaften formt die Wirtschaft ein komplexes Netz von Beziehungen, welches durch Regeln und Strukturen verstetigt wird. Gleichzeitig bilden sich dadurch Sachzwänge und Pfadabhängigkeiten. Das Themenfeld Wirtschaft zieht sich quer durch alle großen Wenden in den Bereichen Ernährung, Mobilität, Energie, Wohnen und Kommunalpolitik. Die heutige Art zu wirtschaften ist eine der wesentlichen Ursachen der Klimakrise und anderer Umweltkrisen wie etwa im Bereich der Biodiversität. Diese These wird unter dem Stichwort der multiplen Krise zusammengefasst (Brand 2009). Demnach können die inneren Widersprüche des neoliberal-imperialen Kapitalismus nicht mehr aufgelöst werden und deswegen entstehen die nun sichtbaren Krisen mehr oder weniger zeitgleich. Außerdem wird der Wachstumszwang der Unternehmen als ein Treiber der Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen gesehen, weil sie stetig wachsen und mehr Ressourcen verbrauchen müssen, um überhaupt noch konkurrenzfähig sein zu können (Binswanger 2019). Grünes Wachstum als vermeintliche Alternative wird unter anderem aufgrund von Rebound-Effekten bereits deutlich kritisiert und es konnte auch noch keine absolute Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch bzw. Treibhausgasausstoß nachgewiesen werden (Parrique et al. 2019). Ein tiefgreifender Kulturwandel in der Wirtschaft ist daher ein entscheidender Hebel für die Umsetzung der sozial-ökologischen Transformation.

Die Frage "Wie wollen wir wirtschaften?" steht auch in direktem Zusammenhang mit normativen Fragen zu unseren Vorstellungen vom guten Leben und hängt letztlich davon ab, wie wir unsere Gesellschaft gestalten wollen. Hier wird deutlich, wie unbestimmt und grundlegend offen das Verständnis und die praktische Umsetzung des Wirtschaftens sind. Der Umgang mit dem Thema Wirtschaft erfordert daher einen kontinuierlichen, demokratischen Aushandlungsprozess auf allen Ebenen und in allen Konstellationen. Dabei sollte vor allem die grundlegende Fokussierung auf die Förderung des Gemeinwohls wieder stärker in den Fokus rücken, nachdem in der jüngeren Vergangenheit individuelle Aspekte wichtiger geworden sind und Unternehmen sich eher davon rausnehmen können Gemeinwohlförderung zu betreiben.

Konsum und Wirtschaft in Deutschland

Mit geschärftem Blick können wir uns einen Überblick über unsere gegenwärtigen Wirtschaftspraktiken verschaffen. Sektorenübergreifend ist dabei einerseits der global verflochtene Konsum und andererseits der energie- und rohstoffintensive Produktionsbereich im „Exportweltmeister“-Land Deutschland für einen Großteil der Treibhausgasemissionen direkt oder indirekt verantwortlich.

Nach einer Studie des „Sachverständigenrats zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ (2019, S. 77ff) fällt bei der inländischen Güterproduktion ein CO₂-Ausstoß von ca. 753 Mio. Tonnen an, weitere 506 Mio. Tonnen sind darüber hinaus Importgütern zuzurechnen. Dies verdeutlicht, dass wir nicht nur in Deutschland, sondern auch in vielen anderen Teilen der Welt für Treibhausgasemissionen verantwortlich sind. Diese importierten Emissionen tauchen nicht auf unserer Treibhausgasbilanz auf. Dies wäre aber denkbar, weil sie ohne den Absatzmarkt in Deutschland ja auch nicht produziert worden wären. Über 75 % der in Deutschland anfallenden Emissionen werden dabei von Unternehmen (inkl. Energiewirtschaft) ausgestoßen

Allein der industrielle Produktionsbereich ist in Deutschland für 22 % der Gesamtemissionen verantwortlich – wovon etwa 60 % auf die Stahl-, Chemie- und Zement-industrie entfallen (Agora & Wuppertal Institut 2019, S.3). Der CO₂-Verbrauch der privaten Haushalte steigt exponentiell mit dem Einkommen an und reduziert sich mit der Haushaltsgröße. Der Urbanisierungsgrad spielt bei den Emissionen nur eine geringe Rolle. Lediglich 62 % der Emissionen, die auf Konsumgüter entfallen, fallen dabei im Inland an, fast 38 % im Ausland (Destatis 2019).

Die zukünftige Art und Weise unseres Wirtschaftens wird maßgeblich dazu beitragen, ob die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens eingehalten werden oder nicht. Zwar konnten in Deutschland (WI, 2015) insgesamt betrachtet in einigen wirtschaftlichen Sektoren seit 1990 durch Effizienzsteigerungen und Produktivitätsfortschritte z.T. signifikante Emissionsminderungen erreicht werden (Gewerbe/Handel/Dienstleistungen 53 %, Industrie 34 %, Haushalte 33 %, Energiesektor 24 %), trotzdem ist es noch ein weiter weg bis zu einer weitgehend klimaneutralen Wirtschaft. Auch weil Reduktionsmaßnahmen in der Regel am Anfang relativ einfach und günstig umzusetzen sind, aber perspektivisch aufwändiger und teurer werden.

Teilkonferenz

Die Teilkonferenz wurde in Kooperation mit dem Betriebswirtschaftliches Forschungszentrum für Fragen der mittelständischen Wirtschaft e. V. BF/M in einer zweistündigen Online-Veranstaltung durchgeführt mit dem Titel: Klima – unser Business unsere Verantwortung.

Das BF/M ist ein gemeinnütziger Verein und An-Institut der Universität Bayreuth.

Aktuell wird die Thematik der Nachhaltigkeit für Unternehmen immer relevanter, da in den nächsten Jahren vermehrt gesetzliche und regulatorische Regeln in Kraft treten werden. Insbesondere die transparente Kommunikation auch hinsichtlich der Lieferketten sind ein Kernaspekt der notwendigen Nachhaltigkeitsberichterstattung. Maßgeblich ist dabei die **Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD)** als EU-Richtlinie. Die Umsetzungspflicht folgt dabei in mehreren Schritten und richtet sich nach der Größe sowie der jeweiligen Rechtsform der Unternehmen. Die Anforderungen dieser Berichterstattung sind zudem umfangreicher und detailreicher als in der Vergangenheit. Eine weiter erhebliche Änderung ist außerdem, dass die Berichterstattungen durch eine externe Wirtschaftsprüfung geprüft werden. Die EU gibt mit **European Sustainability Reporting Standards (ESRS)** zusätzlich eine einheitliche Berichterstattung vor. Diese beinhaltet nicht nur Indikatoren und Parameter, sondern erfordert zudem auch strategische Erläuterungen

Das Forschungsprojekt Klimaberichterstattung bei kleinen und mittleren Unternehmen (KliK) des BF/M Bayreuth befasst sich mit eben dieser Herausforderung. Das bis Februar 2025 geförderte Projekt hat zum Ziel, mit kleineren und mittleren Unternehmen zusammen zu arbeiten, um beim Wissensaufbau und der Kompetenzentwicklung hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung zu unterstützen. Dabei wurde zur Erfassung der aktuellen Situation zunächst eine Umfrage mit 200 Unternehmen (KMUs und Großunternehmen) durchgeführt. Ergänzt wurden diese Ergebnisse durch eine umfassende Textanalyse von veröffentlichten Nachhaltigkeitsberichten (ca. 2.500 Berichte), um die relevanten Bereiche und Trends der Unternehmen ermitteln zu können. Zusammenfassend lässt sich bisher sagen, dass die Umsetzung der Berichterstattung bei KMUs im Vergleich zu den Großunternehmen noch hinter hängt.

Lücken & Defizite

Die vorherige Beschreibung zu den zukünftigen Vorgaben zu Klimaberichterstattung zeigt deutlich, dass die Entwicklungen und Bemühungen sich bei vielen Unternehmen bisher noch in der Startphase befinden. Die Berichterstattung ist zudem nur eine wichtige Säule, um Nachhaltigkeit und Klimaschutz in Unternehmen zu verankern. Eine weitere Säule ist die tatsächliche Umsetzungspraxis in allen Unternehmensbereichen, die bisher auch noch an vielen Stellen bemängelt wird. In engem Zusammenhang damit steht auch die notwendige personelle Kraft sowohl für die Berichterstattung als auch für die anschließende Umsetzung. Diese Aufgaben liegen in vielen vor allem in kleineren Unternehmen bei einer einzelnen Person, die zudem noch andere Aufgabengebiete zu bearbeiten hat. Dementsprechend ist dann zunächst die Berichterstattung im Vordergrund (und wird es in Zukunft bei den jeweiligen Unternehmen auch bleiben), da diese gesetzlich vorgegeben ist bzw. sein wird. Die Schritte in Richtung CSRD auch für kleinere Unternehmen zeigen jetzt schon auf, dass die Erstellung einen hohen bürokratischen Aufwand bedeuten wird. Das steht in engem Zusammenhang mit der bisher noch niedrigen personellen Kraft in Unternehmen für Nachhaltigkeitsbelange.

Die Herausforderung dahingehend ist außerdem, dass die Berichterstattung einerseits tiefgehend auf Themen blickt und andererseits eine große Bandbreite an Bereichen abdeckt, sodass umfängliches Wissen zur Erstellung notwendig ist.

Der Denkmalschutz ist auch für Unternehmen an manchen Stellen eine Herausforderung, insbesondere, wenn Gebäude mit Denkmalschutz verwaltet oder genutzt werden. Die Herausforderungen sind vor allem in der energetischen Sanierung sowie in der Installierung von PV-Anlagen.

Treibereffekte durch regionale Initiativen?

Im Anschluss an die Identifizierung der Defizite in diesem Bereich wurden regionale Initiativen zwischen Unternehmen und weiteren Kooperationspartnern für das Voranschreiten der Nachhaltigkeitsambitionen diskutiert. Insbesondere im Bereich der Umsetzung von wirkungsvollen Maßnahmen braucht es eine Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Stakeholdern beispielsweise auch mit der kommunalen Verwaltung. Auch im Hinblick darauf, dass Unternehmen ähnliche Herausforderungen haben, kann es sinnvoll sein sich in Arbeitsgemeinschaften zusammenzuschließen. Dabei ist insbesondere der Austausch untereinander entscheidend, um möglichst viele Ansätze zu verbreiten und die Arbeit der jeweiligen Personen im Unternehmen erheblich zu vereinfachen. Durch das KliK-Projekt soll es ab 2024 einen Nachhaltigkeitsnetzwerkkreis für die Region geben, der genau diese Ansatzpunkte verfolgt. Die Mischung aus KMUs und Großunternehmen soll dort ebenso stattfinden, da auch hier Best Practice Beispiele diskutiert werden und voneinander gelernt werden kann. Insbesondere auf regionaler Ebene fehlen solche Austauschnetzwerke noch. In einigen Branchen wie beispielsweise im Automobilbereich werden Klimaschutz und Nachhaltigkeit bereits im globalen Maßstab bearbeitet (v.a. bei der Datensammlung), die Umsetzung der Richtlinien liegt oft bei den jeweiligen Unternehmen vor Ort. Dennoch ist der Ansatz eines regionalen Austauschnetzwerks auch herausfordernd, da die personelle Kraft wie bereits erläutert nicht ausreichend ist, sodass eine Spezifizierung hinsichtlich Branchen und Arbeitskreisen hilfreich sein könnte.

Ein Austauschnetzwerk kann auch zur Folge haben, dass die regionale Wertschöpfungskette intensiviert wird und so regionale Kooperationen innerhalb der Lieferketten entstehen. Die Vorteile sind insbesondere für die jeweilige Region groß und ermöglichen eine starke Resilienz auch bei Krisensituationen. Innerhalb eines solchen Netzwerks lassen sich Geschichten des Gelingens erzählen und verbreiten, sodass ein Einstellungsmerkmal für die Region entsteht. Zudem wird so ein Prozess des Voneinander Lernens in Gang gesetzt.

Zentrale Ergebnisse und Forderungen:

Die aktuellen Anstrengungen im wirtschaftlichen Bereich noch bei weitem nicht aus, einen wirksamen Beitrag zu leisten. Folgende Maßnahmen und Empfehlungen wurden erarbeitet:

- Initiierung und Etablierung eines Nachhaltigkeitsnetzwerkkreises für Oberfranken
- Formulierung von Geschichten des Gelingens der Region in Bezug auf Nachhaltiges Wirtschaften
- Nachhaltigkeit in Unternehmen als Querschnittsthema verankern und personelle Kapazitäten dafür ermöglichen

Quellenverzeichnis

Binswanger, M. (2019): Der Wachstumszwang – Warum die Volkswirtschaft immer weiter wachsen muss, selbst wenn wir genug haben. Wiley-VCH

Brand, U. (2009): Die multiple Krise – Dynamik und Zusammenhang der Krisendimensionen, Anforderungen an politische Institutionen und Chancen progressiver Politik. Heinrich-Böll-Stiftung. Berlin

Parrique T., Barth J., Briens F., C. Kerschner, Kraus-Polk A., Kuokkanen A., Spangenberg J.H., 2019. Decoupling debunked: Evidence and arguments against green growth as a sole strategy for sustainability. European Environmental Bureau.